

# Montags-Ausgabe. Berliner Börsen-Courier.

Morgen-Ausgabe.

Abonnements-Preis: Vierteljährlich für Berlin excl. Bringerlohn 5 Mk. 50 Pf., für ganz Deutschland und Oesterreich 7 Mk. 50 Pf. Insertions-Gebühr: die viergespaltene Petitzeile 40 Pf.

Diese Zeitung erscheint wöchentlich 13 Mal.  
Als besondere Beilage erscheint allwöchentlich die „Verloosungsliste“.

Redaction und Expedition: Zimmer-Strasse 40/41.

No. 348.

Montag, 13. Juli

1885.

## Journalistischer Unfug.

Welche Erfolge der leitende Staatsmann Deutschlands in seinem thätigen Leben auch errungen hat, eines ist ihm nicht geblieben: die Meinung oder auch nur die Anerkennung des Pariser Correspondenten der „Times“ zu gewinnen. Wenn es einen Trost für so großes Unglück giebt, so mag derselbe darin bestehen, daß solche Anerkennung in überhöchlichem Maße anderen Staatsmännern zugeht, deren Bedeutung mit derjenigen des Fürsten Bismarck zu messen für den Letzteren eine Beleidigung wäre. Herr Oppert aus Bismarck, der langjährige Berichtserstatler der „Times“ in der französischen Metropole, ist ein Mann, der trotz seiner bescheidenen Fähigkeiten, Dank dem Blatte, für welches er wirkt, ist, einen gewissen Erfolg errungen hat. Er hat Zutritt bei gewissen französischen Staatsmännern, er verkehrt in den Circeln der Chausse d'Antin, er erhält Mittheilungen, die von ihren Urhebern dazu bestimmt sind, durch das weitverbreitete und einflußreiche Citoyblatt an die große Glocke gehängt zu werden. Diese Erfolge haben nach und nach in Herrn de Blowitz, welchen Namen er, seines besseren Klanges wegen in Frankreich angenommen hat, einen Erbsegen weigert, der sich in den bedenklichsten Symptomen kundgibt. Herr de Blowitz bildet sich ein, am Besten der Zeit zu sitzen und dem Gespinnst, das aus diesem Weisheitshepore geht, durch seinen Einschlag das Weisheit zu geben. Er ist überzeugt, bei allen wichtigen politischen Affären, die während des letzten Jahrzehnis in Europa stattgefunden haben, einen bestimmten Einfluß auf die Entschickungen der Cabineten gehabt zu haben; er bringt Freundschaften zusammen und auseinander, er spricht ein Wort über Krieg und Frieden mit, er deckt die Intrigen der Staatsmänner auf und verhindert durch seine Feder die Ausführung unheilvoller diplomatischer Pläne. Wenn irgendwo in Europa eine Intrigue gesponnen wird, flugs erhält Herr von Blowitz davon Kenntniß, er schreibt einige Zeilen an die „Times“, und das Unheil ist abgewendet. Natürlich kann eine so ausgezeichnete Thätigkeit nicht ohne Einfluß auf die Mächtigen dieser Welt bleiben, die sich um die Gönnerschaft des Herrn von Blowitz bewerben, die Alles ausbieten, für ihre Absichten sich seiner Unterstützung zu versichern, die er aber, tugendhaft und selbstlos wie er ist, ein wahrhaft anstößiger Charakter, nur denen zu Theil werden läßt, die seiner Protection würdig sind. So ungefähr stellt sich das Bild dieses Galgenganges in seinem eigenen Kopfe dar, so zeichnet er sich in seinen Correspondenzen, und die Leser des Weltblattes müssen hartgesottene Skeptiker sein, wenn sie an den Versicherungen des Mannes Zweifel hegen können, die mit einer unübertrefflichen Ernsthaftigkeit abgegeben werden, welche den Beweis dafür liefert, daß er selbst in guten Glauben handelt, daß er von der hohen Bedeutung seiner eigenen Thätigkeit vollkommen überzeugt ist.

Ein ergreifendes Bild von Wilhelm von Kaulbach stellt den Hof eines Zarenpalastes dar, in dem wir die Anwesenheit desselben erblicken, ein jeder eine besondere Art der Herrlichkeit repräsentierend. Da giebt es denn auch einen Mann, der, vom Großemohn befallen, irgend einen unangeborenen Gegenstand, den er für eine Krone hält, auf's Haupt gestülpt, ein Laken als Königsmantel um die Schultern geschlungen und einen Stock als Scepter in der Hand haltend, dargestellt ist. Wie harmlos erscheint der Großemohn dieses hinter Kegel und Mauern eingeschlossenen Mannes gegenüber demjenigen des Pariser „Times“-Correspondenten, der fortwährend Dinge in die Öffentlichkeit bringt, welche geeignet wären, arge Verwirrung in dem Urtheil seiner Leser anzurichten, wenn nicht doch schließlich die allgemeine Meinung sich dahin festgesetzt hätte, daß man es in diesen Auslassungen mit den Kundgebungen einer Narrenheit zu thun habe, die man belächelt und der man eine ernstliche Bedeutung von keiner Seite beimißt.

In den Tagen des Berliner Congresses war es, in denen sich Fürst Bismarck die Meinung des Herrn de Blowitz zugezogen hatte; seitdem steht dieser wackere Kämpfer für das Recht auf der hohen Warte und bemüht sich mit ebenso vielen Eifer als Ungeduld die diplomatischen Intrigen des Deutschen Reichsanklagers aufzudecken und sie dadurch unschädlich zu machen. So ist es Herrn de Blowitz gelungen, den Kaiser Alexander über die Mängel des Deutschen Staatsmannes aufzuklären, und es scheint nach den Andeutungen des Pariser „Times“-Correspondenten diese Aufklärung allein gewesen zu sein, welche den Kaiser Alexander III. und Herrn von Giers daran verbandelt hat, sich in einem Krieg mit England zu fügen, dessen Ausbruch vom Fürsten Bismarck so lehrlich gemindert wurde, wahrscheinlich weil derselbe beschäftigt hat, während eines solchen Krieges im Trüben

zu fischen und auf Kosten der kriegsführenden Mächte seine eigenen Interessen resp. diejenigen des Deutschen Reiches zur Geltung zu bringen. Welch ein Glück, daß Alexander III. seiner Zeit die „Times“ gelesen und den Enthüllungen des Herrn von Blowitz Glauben geschenkt hat, welcher unglückliche Unheil ist der Welt dadurch erpart worden! Was aber Deutschlands Interessen betrifft, so ist es ganz recht, daß Herr von Blowitz denselben nicht die mindeste Berücksichtigung zu Theil werden läßt. Warum hat auch Fürst Bismarck den in Paris so vielfach seitens Correspondenten während seiner Berliner Anwesenheit so schön behandelt, warum ist er nicht weislicher gewesen und hat sich, wie so viele andere einflußreiche Personen, nicht um seine vielvermögende Günstigen bemüht? Man sieht, auch ein großer Staatsmann irt mitunter, denn würde Fürst Bismarck Herrn von Blowitz die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt haben, so hätten wir heute den schönsten russisch-englischen Krieg und Wunter uns über das viele von Engländern und Russen vergossene Blut freudig in's Häußchen lachen.

Daß Herr von Blowitz seiner lebhaften Einbildungskraft die Zügel schießen läßt, kann unmöglich befremden, daß aber ein Blatt von dem Range der „Times“, trotz aller üblen Erfahrungen, die es mit Berichten ihres Pariser Correspondenten gemacht hat, denselben fort und fort Aufnahme gewährt, müßte befremdlich erscheinen, wenn man nicht bedächte, daß auch ernsthaft politische Blätter mitunter humoristische Mittheilungen bringen, welche zum Ergötzen ihrer Leser bestimmt sind. Wir wollen zur Ehre der Feder der „Times“ annehmen, daß ihnen die belustigende Seite in den Pariser Correspondenzen des Citoyblattes nicht entgeht, eine ernsthafte Würdigung oder Überlegung dürfte derartiger journalistischer Unfug nicht erfordern.

## Die Politik.

Ueber den Stand der Frage wegen Regelung der Zollverhältnisse zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn melbet man der „Post“ aus Wien: Die ungarische Regierung überreichte schon am zwanzigsten Juni dem Oesterreichischen Cabinet ein Elaborat bezüglich der Herstellung pragmatischer Verhältnisse zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland. Der „Pester Lloyd“ giebt eine Analyse der ungarischen Vorschläge. Hiernach stellen Deutschland und Oesterreich-Ungarn ihre Zollsätze untereinander fest, während sie fremden Staaten gegenüber zu eigenen Gunsten eine differentielle Behandlung anwenden. Jeder Staat fixirt auf seinem Gebiete die zu erhebenden Zollsätze autonom. Beide Theile sichern sich aber gegenseitig positive Vorteile gegenüber den Provenienzen aus anderen Staaten zu, respective sie vereinbaren für solche Provenienzen höhere Sätze, die ohne gegenseitige Zustimmung nicht geändert werden können. Nicht alle Artikel des Waarenverkehrs werden gebühren. Kaffee, Reis, Süßfrüchte, Colonialwaaren bleiben außerhalb der Vereinbarung. Die Zollgebiete von Deutschland und Oesterreich-Ungarn würden während der ganzen Vertragsdauer gegenüber den übrigen Staaten ein Ganzes bilden. Verträge mit fremden Staaten dürfen Deutschland und Oesterreich nur im gegenseitigen Einverständnis schließen, und diese Verträge würden wieder nur den Inhalt haben, daß der betreffende Staat dem Deutschen-Oesterreichischen Bunde beitrete und die gleiche differentielle Behandlung gegenüber den übrigen Staaten eintreten ließe. Das Oesterreichische Cabinet prüft nunmehr das ungarische Elaborat.

Die Russification der Deutschen Ostsee-Provinzen in Rußland nimmt ihren Fortgang. Den ersten, höchst bedeutamen Schritt zu dem Ziel bildete die Einführung der russischen Sprache als obligatorischer Schulgegenstand. Hiermit war das Signal zu weiteren belangreichen administrativen Reformen gegeben, welche alle den Zweck haben, die Deutschen Provinzen ihres autonomen Charakters zu entkleiden. Mit den Mitteln hierzu ist man nicht sehr wählerisch. Selbst in Kurland, das bisher von russischen Einflüssen frei war, beginnt der neuernannte Gouverneur Manzog seine Herrschaft mit der Drobnanz, daß die Magistrat und Bürgermeister ihre Correspondenz mit den Gouvernementsbehörden ausschließlich in russischer Sprache zu führen haben. Die städtischen Behörden, so schreibt man der „Post“, befinden sich deshalb in nicht geringer Verlegenheit, von wo sich Knall und Fall russisch schreibende Beamte hernehmen sollen, abgesehen davon, daß sie ihre alten, im Dienste grau gewordenen Kaiserlichen verabschieden müssen. Viele höhere Beamte resigniren freiwillig auf ihre Stellen, da sie, in Folge der Unkenntnis

der russischen Sprache in Conflict mit den vorgeordneten Behörden zu kommen, Gefahr laufen. So kam der Bürgermeister von Riga, Dr. Büchner, um Enthebung von seinem Amte als Vorüberender der Recrutirungs-Commission ein, da der Gouverneur angeordnet hatte, daß die Commission in russischer Sprache zu verhandeln habe. Als Consequenz dieser Maßregeln ist der Beschluß des Reichsraths zu betrachten, wonach die Behörden der Deutschen Ostseeprovinzen kein Recht zur Erhebung von Gebühren für Deutsche Uebersetzungen von in russischer oder lateinischer Sprache abgefaßten Schriftstücken haben. Daß unter diesen Umständen die Umwandlung der Deutschen Universität Dorpat in eine russische nur als eine Frage der Zeit erscheint, ist selbstverständlich. — Auch die den Polen gegenüber befolgte systematische Entnationalisirungs-Politik dürfte diejenigen, welche von einer Auslösung der beiden Nationen schwärmen, vollkommen enttäuschten. Der Bericht des Generals Gurko an den Kaiser, dessen Inhalt in ausländischen Blättern veröffentlicht wurde, beweist, daß Gurko mit seinen bisherigen Russifications-Maßregeln nicht zufrieden ist, und weitere strengere Maßregeln für notwendig hält. Vor Allem handelt es sich um die Aufhebung der einzigen, noch bestehenden polnischen Institution: des polnischen Theaters. Bekanntlich erhält dasselbe eine Staatssubvention, die früher 80,000 Rubel betrug, zuletzt aber auf 30,000 Rubel ermäßigt wurde. Nun muß man die Anhänglichkeit kennen, welcher jeder polnische Warschauer Einwohner für sein Theater hat, so daß Theaterfragen in Privatspielen sowohl als auch in öffentlichen Blättern wie wichtige Staatsactionen besprochen werden, und man wird den Schmerz begreifen können, welchen jeder Pole mit dem Verschwinden seines Lieblings-Instituts empfinden würde. Dennoch dürfte die Umwandlung nicht so schnell vollzogen werden, und zwar aus materiellen Gründen. Es würde nämlich von russischen Theatervorstellungen jeder Pole demonstrativ fernbleiben, und die Zahl der Russen vermögenden Einwohner ist kaum reichlich, ein Provinzial-Theater, geschweige denn ein großes hauptstädtisches Theater zu erhalten. Allerdings könnte die Regierung die Subvention bedeutend erhöhen, doch würde sie damit nicht viel erreichen. Jedenfalls macht man sich zunächst auf neue Einschränkungen, wie z. B. gänzliche Entziehung der Subvention, gefaßt.

Der von den gemäßigten republikanischen Gruppen in Frankreich erhobene Wahlaufbruch spricht sich für eine Beschränkung des Militärdienstes in den mit den Erfordernissen der Landesverteidigung verträglichen Grenzen sowie für wirtschaftliche Verbesserungen, namentlich für eine Abänderung des Abgabewesens und für die ernstliche Herstellung des Gleichgewichts im Budget, aus. In Bezug auf die Frage der Trennung der Kirche vom Staate heißt es in dem Aufsatze, wenn es bezüglich dieses Punktes Meinungsverschiedenheiten in der republikanischen Partei gebe, so könne man doch in Uebereinstimmung sein über eine Politik, welche die Freiheit des Gewissens achtet, aber entschieden ein Priesterthum bekämpfen wolle, welches unter der Maske der Religion nur eine Vereinigung aller der Republik feindlichen politischen Parteien sei. Der Aufsatz verweist eine jede äußere Politik der Abenteuer und verlangt eine würdige und feste Politik; er schließt mit der Aufforderung an die Wähler, sich in der republikanischen Union gegen die Monarchisten zu vereinigen. Der Aufsatz wurde fast von allen Anwesenden gebilligt, trotzdem läßt sich noch nicht voraussagen, ob er auch in den beiden Kammern eine entsprechende Anzahl von Unterschriften erhalten wird. Mit, welcher der Versammlung nicht anwohnte, und dessen Freunde sowie ein größerer Theil des linken Centrums des Senats werden denselben wohl nicht unterzeichnen. Der linke Flügel der republikanischen Vereinigung soll ebenfalls mit seiner Unterschrift unter dem Spuller'schen Schriftstück noch zurückhalten. Die allgemeine Meinung in der Kammer war übrigens, daß der Aufsatz nur wenig Einfluß auf die Wähler ausüben werde. Die Regierung selbst steht keineswegs auf Seiten der Gambettisten und sie wird sich nach Schluß der Session vollständig von ihnen trennen. Wie verlautet, wird dann auch Alphonse Turgot, der heutige Minister des Innern, der sich mit den Führern der Gambettisten zu sehr eingelassen hat und außerdem kein genügendes Ansehen bei seinen Beamten besitzt, beiseite geworfen und an seine Stelle der jetzige Unterrichtsminister Goblet treten, einer der rüchmigen Feinde der Gambettisten.

Ueber die tumultuarische Scene in der Freilassungsbewegung der französischen Deputirtenkammer wird ausführlicher berichtet: Bei der Beratung über die directen Steuern greift Baron Macdon (Bonapartist)